

Dr. Fritz Exner-Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler im Bereich der Südosteuropa-Forschung

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Fritz und Helga Exner-Stiftung
Wolfenbüttel, 30. März bis 1. April 2006

Bericht von Maike Häusler, Hohenfels

□ Vierzehn junge Wissenschaftler aus den Bereichen Politik und Zeitgeschichte Südosteuropas trafen sich in der Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel, um ihre Qualifikationsarbeiten vorzustellen und zu diskutieren. Anlass für die Einladung zu diesem ersten „Dr. Fritz Exner-Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler im Bereich der Südosteuropa-Forschung“ war der 80. Geburtstag von Dr. Fritz Exner. Als langjähriges, aktives Mitglied der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und Gründer der Fritz und Helga Exner-Stiftung hat sein Engagement für Südosteuropa und insbesondere für die Nachwuchsförderung bereits eine lange Tradition. So fand die Idee der Tagungsleiter, der Professoren und SOG-Vizepräsidenten Prof. Dr. *Heinz-Jürgen Axt* (Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen) und Prof. Dr. *Wolfgang Höpken* (Zeitgeschichte, Universität Leipzig), ein Südosteuropa-Kolloquium für Nachwuchswissenschaftler zu veranstalten, sofort sein Interesse. Gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft gelang es den Initiatoren, eine Tagung zu realisieren, die von den Teilnehmern einstimmig als äußerst gelungen und bereichernd empfunden wurde.

Das Kolloquium war in drei Panels unterteilt: Panel I vereinte Arbeiten zur Zeitgeschichte Südosteuropas, Panel II war überschrieben mit den Begriffen „Ethnizität, Nation, Identität“ und Panel III beschäftigte sich mit Arbeiten zur Transformations-Forschung.

Denis Dierks vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin beschäftigt sich in seiner Dissertation zur **Zeitgeschichte Südosteuropas** (Panel I) mit Geschichtsschreibung im multi-kulturellen Raum und plant eine „Historiographiegeschichte Bosniens in der Neuzeit“, wobei der Bogen von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart reichen soll. Er zeigte auf, wie sich aufgrund der Komplexität der bosnischen Geschichte und Gesellschaft parallele Geschichtskulturen entwickelt haben, die in den nationalistisch motivierten Auseinandersetzungen um die Geschichte jedoch ignoriert werden. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Frage nach der Deutung dieser Diskursmodelle. Hierbei soll auch die konkrete politische und soziale Funktion der jeweiligen historischen Diskurse beleuchtet und der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich mit solchen Konzeptionen der Vergangenheit konkrete politische Ansprüche (Bosnien als serbisches, kroatisches, muslimisches Land oder integraler Bestandteil der Habsburgermonarchie, des Osmanischen Reiches oder Jugoslawiens) verbinden. Interessant scheint die Möglichkeit, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen einer „westlichen“ und einer „islamischen“ Historiographie zu beleuchten.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen zu den Bogumilen mehrfach als bereichernd bezeichnet. Auch wurde darauf hingewiesen, dass der Prozess der Islamisierung zum einen sehr langsam vonstatten gegangen und die Konvertierung zum Islam oft aus Opportunismus geschehen sei. Professor Höpken wies darauf hin, dass sich die nationale Zentrierung in der Geschichtswissenschaft nicht nur typisch für den südosteuropäischen Raum,

sondern geradezu als ein europäisches Grundmuster bei der Konstituierung von Wissenschaft darstelle – und die zentrale Frage lauten müsse, wie dies zu bewerten sei. Als weitere Anregung empfahl er, die Arbeit in Richtung einer Sozialgeschichte der Historiographie auszuweiten und sich mit den Personen und deren Rekrutierung zu beschäftigen. Hier seien noch ganz neue Bereiche zu erschließen.

Andrea Despot beleuchtete die im Fokus des Kolloquiums stehende Region aus einer ganz anderen Perspektive: In ihrer Dissertation am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin mit dem Arbeitstitel "Dimensionen transatlantischer Balkanbeziehungen: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Südosteuropa. Interessensbildung und Interaktionsfelder" geht es um die Genese des amerikanischen Engagements in Südosteuropa, also die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Balkanpolitik, die sie anhand von vier Bereichen exemplarisch untersucht: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1821 bis 1920 und umschließt damit eine Zeitspanne, in der es keine gesteuerte Außenpolitik gegenüber Südosteuropa gab. Neben der Frage nach der Entstehungsgeschichte der amerikanischen Balkanpolitik möchte die Promovendin auch herausarbeiten, ob und inwiefern es Anknüpfungspunkte für das heutige Engagement der Amerikaner in Südosteuropa gibt. Dieses letztgenannte, ehrgeizige Unterfangen wurde in der Diskussion als methodisch nur schwer umsetzbar eingestuft. Professor Axt wies während des Kolloquiums immer wieder darauf hin, dass einem theoretischen Ansatz noch weitaus mehr Gewicht beigemessen werden solle bzw. bei einem Nicht-Vorhandensein von Theorie sehr gut begründet werden müsse, warum bestimmte methodische Ansätze für ein Vorhaben nicht geeignet seien.

Unter dem Titel „Verschränkte Genozide? Der Massenmord an Serben, Juden und Roma im Unabhängigen Staat Kroatien 1941–1945“ plant *Alexander Korb* vom Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin einen Vergleich verschiedener Verfolgungsstrategien der Ustaša im Unabhängigen Staat Kroatien. Es sollen sowohl externe als auch interne Faktoren für die Gewalt der Ustaša bestimmt werden. Eine zentrale Annahme lautet, dass die Handlungsspielräume der Ustaša weit größer waren und ihr Handeln weitaus stärker von eigenen Interessen bestimmt war als bisher angenommen. Ein Schwerpunkt der Dissertation soll auf der Analyse des Beziehungsgeflechts zwischen Italienern und Deutschen auf der einen und der Ustaša auf der anderen Seite liegen. Konzept und theoretischer Ansatz wurden in der anschließenden Diskussion als überzeugend gewürdigt, jedoch die Frage aufgeworfen, ob die pragmatischen Probleme bei der Realisierung der Dissertation nicht doch weitaus größer seien als bisher angenommen. Mögliche Strategien wären hier zum einen ein exemplarisches Arbeiten, zum anderen ein stärkerer inhaltlicher Fokus.

Die interdisziplinär angelegte Dissertation in Geschichte Osteuropas an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von *Edvin Pezo* aus München mit dem Titel „Jugoslawien und seine Muslime. Zur staatlichen Migrationspolitik und ihren Folgen in Makedonien, Kosovo und dem Sandžak, 1918 bis 1966“ ist schon sehr weit fortgeschritten. So konnte er bereits erste Ergebnisse bzw. Arbeitshypothesen präsentieren: Zum einen prägte Jugoslawien vor und nach dem Zweiten Weltkrieg als „nationalisierender Staat“ das Auswanderungsverhalten der Muslime in entscheidender Weise. Zum anderen sei es wichtig, das Zusammenspiel der zwei Hauptakteure zu berücksichtigen, nämlich des jugoslawischen Staates und des Osmanischen Reiches bzw. der Türkei mit ihren jeweiligen innen- und wirtschaftspolitischen Zielvorgaben und ihren gesamtstaatlichen und regionalen Eigenheiten. Erst die Betrachtung all dieser Faktoren ließe darauf schließen, welche Gestaltungsmöglichkeiten Migrationspolitik in Jugoslawien hatte und wo sie – auch im Rahmen der Minderheitenpolitik – zu verorten sei. Als Annahme formulierte Edvin Pezo, dass die zwei jugoslawischen Regime einerseits höchst unterschiedlich mit dem Mittel der

Migrationspolitik und dem ihm innewohnenden minderheitenpolitischen Moment umgingen, auf staatlicher Ebene also Diskontinuitäten festzustellen seien, andererseits auf regionaler Ebene – im Umgang mit den Emigranten – tradierte Muster fortwirkten. Gemeinsam sei beiden jugoslawischen Regimen hingegen, dass sie keine stringente Migrationspolitik bezüglich der ethnopolitisch definierten Auswanderung nach Osten entwickelten. In der abschließenden Diskussion wurde auf die starken Schwankungen unterworfenen, wenig stringente osmanische und dann ab 1923 türkische Einwanderungspolitik hingewiesen, die in der fraglichen Epoche stark mit der internationalen politischen Situation vernetzt gewesen sei. Auch wurde die Bedeutung der Aus- bzw. Einwanderungspolitik als möglicherweise eher nebensächlich bezeichnet und vielmehr lebensweltliche Gründe für die Auswanderung in den Vordergrund gerückt und in der Folge das Entstehen einer ganz eigenen Dynamik praktisch losgelöst von den politischen Vorgaben.

Der Frage nach „verzerrten Wahrnehmungen Rumäniens in der Bundesrepublik“ geht *Maïke Häusler* mit ihrem Dissertationsprojekt am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. „Zerrbild Rumänien: Entstehung, Wandel und Beeinflussung von Rumänienbildern in den bundesdeutschen Medien 1965-1989“ nach. Die Arbeit konzentriert sich auf bzw. versucht die Verbindung dreier Forschungsfelder: Deutsch-Rumänische Beziehungen, die Perzeptionsforschung in Bezug auf Länderimages und das Wirken rumänischer Dissidenten in der BRD. Neben einer Zeitungsanalyse relevanter Tages- und Wochenzeitungen bilden Leitfrageninterviews mit betroffenen Journalisten/Personen das methodische Set für die Analyse nach hermeneutischen Kriterien. Im Rahmen der Diskussion wurde insbesondere die Bedeutung der Dissidenten hinterfragt – wobei angenommen wurde, dass der Perzeptionswandel des Kalten Krieges bedeutender für die veränderte Wahrnehmung Rumäniens in der BRD war.

Geschichtspolitik und Erinnerungskultur standen bei der Vorstellung der Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern von *Jérôme Brugger* mit dem Titel „Zwischen ‚bürgerlichem Nationalismus‘ und ‚nationalem Nihilismus‘ – Konstruktion und Inszenierung kollektiver Identität am Beispiel des Jubiläums ‚1300 Jahre Bulgarien‘ 1981“ im Vordergrund. Der Referent umriss vier Eckpunkte seiner Arbeit: Die Parteizeitung „als Bühne der Inszenierung von Partei und Staat“, die Bedeutung der Person von Ludmila Živkova und deren esoterische Einflüsse, die Verortung der Geschichtsdeutung von Klasse und Nation und letztlich der Zusammenhang zwischen dem Jubiläum und den Bemühungen der Partei um Homogenität des bulgarischen Staates/Volkes. Die auch in der Diskussionsrunde aufgenommene Frage nach der politischen Funktionalität der Jubiläumsfeierlichkeiten zur Inszenierung einer kollektiven Identität der Bulgaren steht dabei im Vordergrund, wobei insbesondere eine Kontinuität zwischen bürgerlichem und kommunistischem Nationalismus festzustellen sei.

Zu Beginn des mit „Ethnizität, Nation, Identität“ überschriebenen Panels II präsentierte *Irena Madžoski* das Konzept ihrer politikwissenschaftlichen Magisterarbeit am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig Maximilians Universität München „Die Region Sandžak: Hintergründe und mögliche Folgen einer Sezession“. Bezug nehmend auf verschiedene Sezessionstheorien, entsprechende verfassungs- und völkerrechtliche Aspekte und relevante politische Akteure, die sie während mehrerer Aufenthalte vor Ort befragen möchte, sollen Szenarien möglicher Sezessionsbestrebungen seitens der dort sesshaften Bosniaken untersucht werden. Letzteres wurde von den Diskutanten in Frage gestellt, da weder rechtliche, politische oder historische Argumente im Hintergrund vorhanden seien.

Einen gänzlich anderen Ansatz verfolgt *Ana Djordjević* in ihrer Diplomarbeit am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien „Io mis rumân! Wie beeinflusst Öster-

reich die Weitergabe der aromunischen Sprache? Eine Bestandsaufnahme über die Sicht der Bewohner eines aromunischen/vlachischen Dorfes in Ostserbien". Basierend auf teilnehmenden Beobachtungen und mittels Interviews untersucht sie in ihrer Mikrostudie mehrere Generationen aus dem in Frage kommenden Dorf und deren Verhältnis zu Sprach- und Identitätswandel. Dabei verfolgt sie einen vergleichenden Ansatz, da auch Emigranten aus Tićevac befragt werden sollen, die nach Österreich emigrierten.

Das dritte und letzte, gleichzeitig aber auch umfangreichste Panel subsumierte verschiedene Arbeiten zur **Transformationsforschung**: Thema der bereits eingereichten Magisterarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig von *Michael Hein* ist ein Verfassungskonflikt in Bulgarien seit 2002 zwischen Legislative und Exekutive auf der einen und Judikative und Verfassungsgericht auf der anderen Seite. Das Fazit der Arbeit fällt relativ pessimistisch aus: „Es wird bezweifelt, dass wirksame (und verfassungsgemäße) Strukturveränderungen im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung ohne eine Große Volksversammlung möglich sein werden. Das Verfahren für eine Große Volksversammlung ist jedoch politisch mehr als unwahrscheinlich. Gleichzeitig ist kaum mit einer stabilisierenden Wirkung durch informelle Regeln durch die politische bzw. rechtliche Kultur zu rechnen. Auch das Problem der Korruption im Justizwesen bleibt vorerst bestehen. Zudem kann der Reformdruck von Seiten der EU nur bedingt als positiv bewertet werden, da die Union vor allem auf rasche Rechtsetzung und -kontrolle, jedoch wenig auf faktische Durchsetzung des neuen Rechts, und praktisch gar nicht auf seine Akzeptanz achtet. Der latente Verfassungskonflikt wird also auf absehbare Zeit bestehen bleiben; sein erneuter Ausbruch scheint jederzeit möglich.“

Im Zentrum der Diskussion standen Überlegungen, welche Fragestellungen bei einem Ausbau der Magisterarbeit zu einer Promotion aufgenommen werden sollten. Dabei wurde zum einen eine verstärkt komparatistische Perspektive auf andere Transformationsstaaten (Rumänien, Kroatien) vorgeschlagen, zum anderen die Rolle der EU bei Verfassungsfragen und -konflikten in den jeweiligen Staaten. Diskutiert wurden auch die Gründe für die spezifische bulgarische Verfassungsdiskussion und es wurde betont, dass die Ursache für die Krise nicht in der Verfassungsstruktur liege, sondern sich Probleme vor allem an dieser kristallisieren. Schließlich wurde vorgeschlagen, in einer möglichen Dissertation nicht nur wie bisher die Rechtsnormen, sondern auch verstärkt die Rechtskultur in den Blick zu nehmen. Methodisch könne sich für die Arbeit ein verstärkter Blick auf die EU und ihre Verfassungsdiskussionen als hilfreich erweisen.

Ziel des Dissertationsprojektes am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig von *Julia Nietsch* aus Sarajevo mit dem Titel „Die Rolle der lokalen Zivilgesellschaft in Post-Konflikt-Demokratisierungsprozessen: Die Interaktion zwischen NGOs und Regierungsinstitutionen in Bosnien und Herzegowina und Kosovo“ ist es, die Ergebnisse der dortigen Zivilgesellschaftsförderungsprogramme zu reflektieren und zu untersuchen, wie NGOs mit anderen lokalen Akteuren vernetzt sind. Weiterhin soll analysiert werden, wie diese mit den lokalen Regierungsinstitutionen interagieren, um zu ermitteln, wie viel gesellschaftlich-politischen Einfluss sie auf lokaler Ebene auf den Demokratisierungsprozess ausüben. Dadurch, dass es in BiH und Kosovo zwei Regierungsebenen (lokal und international) gibt, bewegen sich zivilgesellschaftliche Organisationen dort in einem außergewöhnlichen Spannungsfeld zwischen lokalen und internationalen Entscheidungsträgern. – In der Diskussion wurde eine stärkere Differenzierung zwischen „NGOs“ und „Zivilgesellschaft“ angedeutet. Verstärkt solle eine genauere Klärung der Begriffe erfolgen (wie z. B. „Demokratisierungsprozesse“) sowie der Frage, was NGOs in diesem Zusammenhang leisten (können). Diskutiert wurde, ob die Dissertation auch eine kritische Hinterfragung der Struktur und der Aktivitäten der NGOs im Untersuchungsgebiet leisten könne.

Die jeweiligen (trans-)nationalen Diskurse über das Thema „NGOs“ mit einzubeziehen, wäre eine Herausforderung für die Arbeit, die methodisch interessant sein könne.

Das Dissertationsprojekt am Historischen Seminar der Universität Leipzig und an der Geschichtsfakultät der Universität Bukarest von *Valeska Bopp* aus Bukarest trägt den Titel „Zwischen Amnesie und Hypermnesie. Die Tradierung der rumänischen Revolution von 1989 im Spannungsfeld von öffentlichem und privatem Diskurs“ und möchte einen explikativen Gehalt für die scheinbar so widersprüchliche Gegenwart Rumäniens liefern. Ein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass es nach wie vor keinen Konsens gibt in der Bewertung des Umbruchs von 1989. Neben den Diskursen eines postkommunistischen Landes möchte die Arbeit auch diejenigen Prozesse beleuchten, die auf dem Weg zu einem kulturellen Gedächtnis einer Nation eine Rolle spielen. Ein besonderes Interesse der Arbeit liegt dabei auf der Tradierung der Revolution. Interessant ist, dass das Quellenmaterial schwerpunktmäßig aus qualitativen Interviews besteht. Auch ist die Arbeit stark interdisziplinär angelegt: Erkenntnisse aus der Psychologie, der Sozialpsychologie und der Gedächtnisforschung sollen in die historische Arbeit mit einbezogen werden. – Ein Teil der Diskussion ging der Frage nach, was die Möglichkeiten der Tradierungsforschung sind, emotionale Aspekte der Erinnerung in Untersuchungen mit einzubeziehen. Dies ist ein wenig entwickeltes und praktiziertes Verfahren (ggf. Trauma- oder Holocaust-Forschung), das allerdings für die Arbeit keine zentrale Rolle spielen wird, da man für die rumänische Situation nicht von einem allgemeinen gesellschaftlichen Trauma sprechen kann.

Den letzten Tag des Kolloquiums eröffnete *Martin Ivanov* aus Rouse mit einem Vortrag über sein Dissertationsprojekt „Die ökologische Modernisierung der Balkan-Länder Bulgarien und Rumänien im Zuge ihrer europäischen Integration. Eine Analyse der Energiepolitik und -wirtschaft.“ Ziel des Projektes ist es, die ökologische Transformation in beiden Ländern zu verfolgen, wobei besonders die Frage nach den Determinanten und Erfolgsbedingungen bzw. Restriktionen einer ökologischen Modernisierung sowie den Unterschieden bzw. Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern interessiert. Die Studie soll die Politikprozesse im Energiesektor seit Beginn der Verhandlungen mit der EU rekonstruieren, um Aufschluss zu geben, welche Einflüsse vom europäischen Integrationsprozess einerseits und von den Transformationsprozessen in den Ländern selbst und ihrer Reintegration in die Weltwirtschaft andererseits ausgehen. In die Diskussion flossen mehrere Hinweise ein: Zum einen wurde geraten, den Begriff der ökologischen Modernisierung einzugrenzen, zu definieren und zuzuspitzen. Weiterhin könne es bereichernd sein, die Europäisierungsdebatte einzubeziehen und sowohl die formellen als auch die informellen Faktoren, die die Entwicklung in Richtung EU steuern, zu beleuchten. Einerseits liberalisiere die EU, andererseits seien aber auch mehr Regulierungen zu beobachten.

Im Anschluss stellte *Emanuel Galic* seine politikwissenschaftliche Diplomarbeit am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Titel „Kroatiens EU-Beitritt unter dem Aspekt der Minderheitenpolitik“ vor. Die zentrale Fragestellung beschäftigt sich mit dem Einfluss, den die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft auf interne Veränderungen bzw. Reformen hat. Als zeitliche Analyseeinheit wurde der Zeitabschnitt zwischen der offiziellen Beendigung der Kriegshandlungen mit dem „Daytoner Friedensabkommen“ von 1995 und dem formalen Beginn der Beitrittsgespräche im Oktober 2005 gewählt. Auch hier wurde in der Diskussion auf die Europäisierungsdebatten hingewiesen, in deren Richtung die Arbeit sinnvoll zu erweitern wäre. Neben theoretischen Erwägungen drehte sich die Diskussion insbesondere um die verschiedenen Facetten der Minderheiten(politik): So wurde angeregt, auch die Seite der Minderheiten-Akteure in die Untersuchung mit einzubeziehen sowie die Umsetzung der Minderheitenpolitik zu berücksichtigen.

Den Abschlussvortrag bildete die kulturwissenschaftliche Diplomarbeit an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder von *Helga Zichner* mit dem Arbeitstitel „Raus aus der ‚vertrauten Welt‘. Welche Rolle spielen Vertrauen und Misstrauen für die politische Zivilgesellschaft in Rumänien? Das Beispiel einer multiethnischen Initiative.“ Untersuchungsgegenstand dieser Fallstudie ist die regionalistische Gruppe „Provincia“ in Rumänien, die aus rumänischen und ungarischen Intellektuellen bestand und im Dezember 2001 mit einem Memorandum in der Öffentlichkeit hervortrat, in dem sie sich für eine grundlegende Neustrukturierung der rumänischen Verwaltung und für eine öffentliche Debatte zu diesem Thema aussprach. Das Schreiben, das sowohl an rumänische als auch europäische politische Institutionen versandt wurde, löste in Rumänien einen Skandal aus, der über mehrere Wochen in der rumänischen Presse zu verfolgen war. Kurze Zeit später (2002) löste sich die Gruppe auf. Das Forschungsinteresse der Arbeit liegt darin zu analysieren, aus welchen Gründen diese Gruppe so verhältnismäßig schnell scheiterte. Die Operationalisierung der Arbeit besteht im Wesentlichen darin, Momente des Ver- und Misstrauens im Verlauf des Engagements der Gruppe zu rekonstruieren. Den theoretischen Hintergrund bilden die Zusammenhänge der Begrifflichkeiten Vertrauen/Misstrauen sowie Zivilgesellschaft. In der Diskussion wurde insbesondere auf die zwei Ebenen des Vertrauens/Misstrauens eingegangen, die in der Arbeit beleuchtet werden: Zum einen das Vertrauen innerhalb der Gruppe selbst, zum anderen das Vertrauen der Gesellschaft in die Gruppe – zweites wurde für die Analyse als weitaus interessanter eingestuft.

In der Abschlussdiskussion wurde das Format des Kolloquiums praktisch einstimmig als äußerst gelungen bezeichnet: Die Interdisziplinarität der Arbeiten wurde von allen Teilnehmern als äußerst bereichernd empfunden, ebenso die Feedbacks durch die Professoren Wolfgang Höpken und Heinz-Jürgen Axt sowie die Diskussion mit den anderen Teilnehmern. Auch die Tatsache, dass die vorgestellten Projekte sehr unterschiedlich weit fortgeschritten waren, wurde als hilfreiche Mischung wahrgenommen. Die Arbeitsatmosphäre wurde von Beginn an als sehr kollegial und konstruktiv empfunden. Eine Führung durch die Herzog-August-Bibliothek rundete das Programm ab. Besonders hervorzuheben ist das großzügige Angebot der Professoren Axt und Höpken, den Teilnehmern auch in Zukunft bei Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen – vorsichtig wurde sogar eine mögliche Fortsetzung des Gedankenaustauschs in einem ähnlichen Rahmen angedacht. Auch erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit, ihre Arbeiten auf der Internet-Seite der SOG (www.suedosteuropa-gesellschaft.com) vorzustellen. Die ganze Veranstaltung hätte nicht stattfinden können ohne die großzügige ideelle und finanzielle Unterstützung – Musterbeispiel eines zivilgesellschaftlichen Engagements – von Dr. Fritz Exner, der das Kolloquium von Beginn an begleitete und dem auch unser aller abschließender Dank gelten soll!